* **Unruhen in Südkamerun?** Nach der „Nat.-Ztg." sollen am Dienstag Meldungen eingetroffen sein, wonach sich Südkamerun im allgemeinen Aufstand befände. Wie das „Wolffsche Bureau" dagegen behauptet, liegt amtlich nichts vor, was diese Meldungen bestätigen könnte. Vielmehr lauten die zuletzt eingetroffenen Berichte dahin, daß Unruhen bisher nirgends vorgekommen sind.

* **Deutschland und Marokko.** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt offiziös:

Gegenüber den ausländischen Zeitungsstimmen, welche aus dem deutschen Kaiserbesuch in Tanger politische Schlüsse ziehen, ist zunächst hervorzuheben, daß für Seine Majestät den Kaiser kein Grund vorlag, auf seiner Mittelmeerreise einen Besuch in Tanger zu unterlassen. Der Standpunkt der deutschen Politik gegenüber Marokko — kein Gebietserwerb, aber offene Tür — ist seit Jahr und Tag so klar zum Ausdruck gebracht worden, daß der Versuch, die Kaiserreise zum Ausgangspunkt einer neuen politischen Richtung darzustellen, aussichtslos ist.

Weiter bemerkt das Blatt, daß für die Erwartung des Grafen Bülow, die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Marokko würden von keiner Macht eine Zurücksetzung zu besorgen haben, bisher noch keine Gewähr bestehe. In Tunis habe die französische Herrschaft zu einer vollständigen Zurückdrängung des nichtfranzösischen Elements geführt.

Das englische Regierungsorgan „Daily Graphic" sagt in einem Artikel über die Reise Kaiser Wilhelms, die Annahme, daß der Herrscher irgendwelche unfreundliche Absichten gegen Frankreich im Sinne habe, sei durchaus unrichtig, wie der Besuch des Kaisers beim französischen Botschafter und die geplante Reise nach Gibraltar und Neapel beweise. England und Italien würden natürlich jede Unternehmung gegen Frankreich übel auffassen.

* **Reichsarzneitaxe.** Am 1. April dieses Jahres tritt die bereits angekündigte Reichsarzneitaxe in Kraft. Sie bringt neben einigen Preisänderungen für Arzneimittel und Arbeiten die Bestimmung, daß für die Abgabe von Arzneien während der Nacht, gleichgültig, ob sie auf ärztliche Verordnung oder im sogenannten Handverkauf verabfolgt werden, ein Zuschlag von 50 ₰ erhoben werden darf. Da dieser Zuschlag nicht obligatorisch ist, so ist anzunehmen, daß die Apotheker in wirklichen Notfällen, besonders bei der ärmeren Bevölkerung, auf diese Entschädigung verzichten werden. Andererseits kann man es nur billigen, daß der Apotheker bei seinem schweren und verantwortungsvollen Beruf durch diese Nachttaxe vor gedankenlosen Belästigungen, wie sie leider vorkommen sollen, geschützt wird. Auch werden die Fachvereine wohl in Kürze zu dieser Frage Stellung nehmen, um eine einheitliche Handhabung der etwas ungenauen Bestimmung durchzuführen, wie dies sowohl das Interesse der Apotheker als auch des Publikums erheischt.

* **Aenderung des preußischen Landtagswahlgesetzes.** Die Mitteilung, daß die in Aussicht gestellte Novelle zum Landtagswahlgesetze den Landtag in dieser Tagung voraussichtlich nicht mehr beschäftigen werde, wird der „Dtsch. Tgztg." von anderer Seite bestätigt. Es scheint jetzt festzustehen, daß die Vorlage erst in der nächsten Tagung dem Landtage unterbreitet werden wird. Ob aber der neue Minister des Innern diese Erbschaft seines Vorgängers überhaupt antreten werde, muß jedenfalls abgewartet werden.

— Das Zeugniszwangsverfahren gegen den Berliner Vertreter der „Lpz. Landesztg.", Redakteur Stärcke, in der Affäre der Kekulescheu „Diebstahl"-Depesche ist, wie das „B. T." hört, noch immer nicht eingestellt. Stärcke hat zu Sonnabend eine neue Vorladung vor das Amtsgericht I erhalten, um in der Sache vernommen zu werden. Natürlich kann er nichts bekunden, und es bleibt nur zu wünschen, daß das Gericht auf das zugleich zwecklose, moralwidrige und ödiöse Verfahren, Stärcke wegen Zeugnisverweigerung einzusperren, verständigerweise verzichtet.

— Französische Kreise verbreiten nach der „Frkft. Ztg." in Rom, daß anstatt des spanischen Jesuitengenerals Martini, der wegen eines unheilbaren Krebsleidens nach Pisa transportiert wird, heimlich schon ein deutscher Nachfolger erwählt worden sei, weil der Orden hoffe, so seine Wiederzulassung in Deutschland zu erleichtern.

*

* **Neuer akademischer Konflikt in Hannover.** Ein neuer Zwiespalt zwischen der technischen Hochschule und dem Kultusministerium droht auszubrechen. Das Kultusministerium macht die Aenderung der neuen Ausschußsatzung von seiner Genehmigung abhängig. Die Studentenschaft weigert sich, dies anzuerkennen.

* **Kiel,** 22. März. Der Provinziallandtag beschloß, dem Kronprinzen und seiner Braut zur Vermählung ein Hochzeitsgeschenk zu widmen. — Zum bleibenden Gedächtnis an die im kommenden Jahre stattfindende Feier der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares bewilligte außerdem der Provinziallandtag 100000 ℳ zur Errichtung einer Stiftung zur Versorgung der auf Kündigung und ohne Pensionsberechtigung in Provinzialdiensten stehenden Personen und deren Hinterbliebenen.

* **Aus dem Rheingau.** Pfarrer Dr. Rody-Oestrich, einer der angesehensten Politiker des Zentrums im Rheingau, ist in Düsseldorf gestorben. Er gehörte zu den in der Zeit des Kulturkampfs gemaßregelten Geistlichen und hat auch im Reichstagswahlkreis Wiesbaden-Langenschwalbach-Rüdesheim kandidiert. Später wurde sein Einfluß durch den der Wiesbadener politischen Geistlichkeit mehr in den Hintergrund gedrängt.

* **Mülhausen i. E.,** 22. März. Der Gemeinderat strich bei der Budgetberatung, wie in den vorigen Jahren, die Gehälter der katholischen Vikare, sowie die Gehaltszulage der Pfarrer, insgesamt 32 000 ℳ.

* **Stuttgart,** 22. März. Der König verlieh dem Staatssekretär Grafen v. Posadowsky das Großkreuz des Ordens der württembergischen Krone.

* **München,** 22. März. General z. D. Heinrich von Xylander, der bis vor Jahresfrist kommandierender General des dritten bayerischen Armeekorps war, ist heute gestorben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Neue Mobilmachung der vereinigten Opposition.** Der „Voss. Ztg." wird aus Pest gemeldet: Was seit Monaten befürchtet wurde, ist tatsächlich eingetreten: der Zwiespalt zwischen Krone und Unabhängigkeitspartei über die Armeefrage hat solche Schärfe angenommen, daß ein Ausgleich vollständig ausgeschlossen erscheint. Angesichts dieser Wendung tritt der Gedanke eines Uebergangsministeriums ganz in den Hintergrund, weil die vereinigte Opposition verkünden ließ, daß sie ohne die Erfüllung ihrer Ansprüche in der Armeefrage weder ein Budgetprovisorium noch das Rekrutenkontingent bewilligen werde. Andererseits ist das Kabinet Tisza um keinen Preis gewillt, auf seinem Posten zu bleiben, um nicht als Zielscheibe für den Vorwurf zu dienen, daß es die Lösung der Krise verhindert habe. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als mit Verordnungen bei vertagtem Parlament zu regieren; Ungarn steht vor der Gefahr eines verhüllten Absolutismus. Wer aber der Mann ist, der unter solchen Umständen so erdrückend schwierige und verantwortungsvolle Aufgaben auf sich nimmt, weiß bisher niemand. Das ist das große Geheimnis. Alle Vermutungen in dieser Richtung, sowie die Meldungen von weiteren Berufungen zum Kaiser entbehren jeglicher Grundlage. — Nach einem vom Mittwoch datierten Pester Telegramm erschien Graf Andrassy nachmittags beim Könige in Audienz und erstattete über das Scheitern der Verhandlungen mit der Linken Bericht. Er hat die Mission in die Hände des Königs zurückgelegt. Nach einem zweiten Telegramm faßte die Plenarversammlung der koalierten Opposition einen Beschluß, in dem sie erklärt, daß es ihr unmöglich sei, ein Kabinett aus den Reihen der vereinigten Opposition zu bilden oder ein solches zu unterstützen, da seitens der Krone als Bedingung zur Bildung eines solchen Kabinetts die Ausschaltung der Frage der Armeefahnen des ungarischen Kommandos gestellt sei, während andererseits die Forderungen für die Erhöhung des Rekrutenkontingents und von 430 Millionen für Artilleriezwecke aufrecht erhalten seien. Auf wirtschaftlichem Gebiete sei die Forderung gestellt, daß mit der österreichischen Regierung eine Vereinbarung getroffen werde, nach der der deutsche Handelsvertrag bedingungslos ratifiziert werden müsse. Das könne nicht angenommen werden, weil eine solche kategorisch gestellte Bedingung die Verwirklichung der wirtschaftlichen Selbständigkeit vereitele würde. Die koalierte Opposition erklärt, aus obigen Gründen ein auf dieser Grundlage gebildetes Kabinett nicht unterstützen zu können; die Solidarität der vereinigten Opposition werde auch in dieser schweren Lage unverändert aufrecht erhalten. Dem Grafen Andrassy wurde für seine Bemühungen Dank ausgesprochen.

Frankreich.

* **Maßregelung eines Redemptoristenpriors.** Wie aus Les Sables d'Orionne gemeldet wird, war dort der Prior der Redemptoristen, Pater Ribier, der vor kurzem wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes und Widerstandes gegen einen Gerichtsvollzieher zu 3000 Frcs. Geldstrafe verurteilt worden war und sich geweigert hatte, die Summe zu bezahlen, deshalb in Haft genommen worden. Es versammelte sich eine große Volksmenge vor dem Gefängnis, und ein von ihr Abgesandter bezahlte die Geldstrafe für den Pater Ribier, der alsbald freigelassen und von der Menge mit Jubel empfangen wurde.

* **Anwendung des Unfallgesetzes auf Soldaten und Unteroffiziere.** Nach einem Telegramm aus Paris ist vorgestern in der Deputiertenkammer ein Antrag des sozialistischen Deputierten Mirman zur Verteilung gelangt, nach welchem denjenigen Unteroffizieren und Soldaten der Linie, Reserve und Landwehr, denen während der Ausübung des Dienstes ein Unfall zustößt, vom Staate auf Grund des Arbeiterunfallgesetzes eine entsprechende Entschädigung oder ihren Hinterbliebenen eine Pension zugewendet werden soll.

Belgien.

* **Die Todesart des Vizegouverneurs Costermans.** Wie nach einer Brüsseler Depesche bekannt wird, ist der Tod des Vizegouverneurs des Kongostaats, Costermans, auf Selbstmord zurückzuführen. Offiziell wird versichert, daß dieser Selbstmord in keinem Zusammenhang mit den Ergebnissen der nach dem Kongostaat auf Englands Betreiben abgesandten Untersuchungskommission stehe.

Balkanhalbinsel.

* **Neue türkische Anklage gegen bulgarische Komitatschis.** Aus Konstantinopel meldet das offiziöse Wiener Korrespondenz-Bureau: Der Wali von Monastir meldet, daß bulgarische Komitatschis das Kloster Tscherbova, Bezirk Kastoria, niedergebrannt haben, ferner, daß der Geistliche des Ortes, Tscherbitsche mit zwei Verwandten von einer bulgarischen Bande unter Dimko getötet worden sei, weil er nicht zum Exarchat übertreten wollte. Der Wali von Saloniki meldet, daß der Ortsvorsteher von Pepole, Bezirk Titwesch, von bulgarischen Komitatschis getötet worden sei.

* **Die türkische Besatzung von Sana.** Gleichfalls durch das Wiener Korrespondenz-Bureau wird die Nachricht übermittelt, daß die Pforte erklärt, das Gerücht, daß Sana, die Hauptstadt des Vilajets Yemen, von den Aufständischen genommen sei, sei unbegründet.

Amerika.

* **Vor dem Abbruch der französisch-venezolanischen Beziehungen.** Wie dem „L.-A." aus Paris depeschiert wird, ist die aus Venezuela erwartete obergerichtliche Entscheidung in Angelegenheit der französischen Kabel bisher nicht publiziert worden. Man glaubt, daß ein Arrangement zustande kommen werde. Der Vizepräsident von Venezuela Velutini, welcher sich kürzlich eines Attentats wegen in Paris aufhielt und von Castro abberufen wurde, dürfte den Präsidenten Castro bestimmen, einen Ausgleich in der Kabelfrage anzubieten. Immerhin ist man in Paris auch auf einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen vorbereitet.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 22. März 1905.

⊙ **Berlin,** 22. März. (Telegr.)

Bei Eröffnung der Sitzung war der Saal nur sehr schwach besetzt; erst allmählich kamen die Mitglieder des Hauses herbei, der Besuch blieb aber schließlich doch ein mäßiger, trotzdem das preußische Abgeordnetenhaus heute bereits vor 1 Uhr seine Sitzung geschlossen hatte und somit die Träger von Doppelmandaten für den Reichstag frei waren. Hatte vielleicht das prachtvolle Frühlingswetter sie ins Freie gelockt? Die Tribünen zeigten dagegen wenige Lücken, man hatte wohl auch heute auf einen greisen Tag gehofft. Während der Präsident der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, Stadtältester Kaempf, die Debatte eröffnete, sah man den Zentrumsführer Dr. Spahn in eifriger Unterhaltung mit dem Präsidenten Graefe Ballestrem, während sein rührriger Fraktionskollege Erzberger sich vom Kriegsminister v. Einem Informationen holte. Später umstanden die Mitglieder des Zentrums Herrn Dr. Spahn, der anscheinend über seine Besprechung mit dem Präsidenten berichtete. Man hatte sich wohl darüber schlüssig gemacht, ob und wann morgen mit Rücksicht auf die Beisetzung des Staatsministers v. Hammerstein Sitzung stattfinden sollte. Indessen schleppte sich die Debatte dahin. Man besprach die Usancen der Heeresverwaltung beim Einkauf, hauptsächlich landwirtschaftlicher Produkte. Die Linke warf der Verwaltung Bevorzugung der Produzenten vor und beklagte sich über Benachteiligung der Händler. Die Rechte stimmte der Heeresverwaltung, deren Praxis Generalmajor Gallwitz verteidigte, zu. Der sozialdemokratische Kölner Zigarrenhändler Meist brachte einen Fall zur Sprache, daß ein Geistig-Minderwertiger in die Armee eingestellt sei, wogegen Generalleutnant Sixt von Arnim ausführte, die Verwaltung habe kein Interesse an Einstellung von Geistig-Minderwertigen; es liege aber im Volke, geistige Schwäche bei der Aushebung möglichst zu verheimlichen. Man besprach dann noch den von den Offizierkasinos betriebenen Weinhandel, Mißstände im Kantinenwesen, Flur- und Wildschäden durch Truppenübungen, Härten bei Requirierung von Fuhrwerken und anderes, brachte lokale Wünsche und Einzelfälle vor. Die Unruhe wurde im Hause mehrfach so groß, daß der Präsident wiederholt zur Glocke greifen und um Ruhe bitten mußte. Die für die Allgemeinheit wenig interessante Debatte nahm aber eine unerwartete Wendung, als der polnische Graf Mielzynski, früher Leutnant im Leibkürassier-Regiment in Breslau, das Wort ergriff, zwar mit ruhigen, sachgemäßen Erörterungen begann, sogar dem Kriegsminister fast ein Vertrauensvotum erteilte, bald aber im bekannten Fahrwasser einer großpolnischen Agitationsrede segelte. Redner bediente sich recht kräftiger Ausdrücke, besonders gegen den Ostmarkenverein, für den er und die Polen nur das Gefühl der Verachtung hätten. Damit machte er es allerdings dem Kriegsminister verhältnismäßig leicht, ihm eine tüchtige Abfuhr zukommen zu lassen, die um so wirkungsvoller war, als Herr v. Einem, wie ein erfahrener, tüchtiger Kriegsherr, sein schwerstes Geschütz erst am Schluß abfeuerte. So kamen die zahlreichen Tribünenbesucher doch noch auf ihre Rechnung. Die Polenfrage wurde nun abgelöst durch die Judenfrage. Professor Eickhoff (Fr. Vpt.) sprach mit vielen Worten und großer Emphase unter Beibringung eines umfangreichen Materials über das semitische Element und dessen Benachteiligung im Heere und veranlaßte das kleine Häuflein der Antisemiten zu mehrfachen Zwischenrufen, die sich der Präsident durchaus verbat. Jedenfalls hatte der Redner die volle Aufmerksamkeit des Hauses, als er scharf gegen Liebermann v. Sonnenberg und die um ihn polemisierte, ebenso wie die der von Eickhoff angegriffene Kriegsminister, der eine Beantwortung energisch ablehnte, da ihm das Material dafür fehle. Zum Schluß hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Ledebour eine längere, namentlich zum Schluß vielfach von Heiterkeit und Lärm unterbrochene Rede, in der er mit einem großen Aufwand von Stimme und Geste darlegte, warum seine Partei gegen das stehende Heer sei. Dann folgten eine ganze Reihe persönlicher Bemerkungen, ein Rededuell zwischen den Herren Eickhoff und Liebermann von Sonnenberg; es handelte sich um den Bonner Fall Moses Bier, zu dem schließlich auch noch der Präsident das Wort zu einer Aufklärung ergriff. Um 6½ Uhr vertagte man sich auf morgen.

⊙ **Berlin,** 22. März. (Telegramm.)

Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt.

Abg. **Kämpf** (Freis. Vpt.) erörtert die Frage der Lieferungen für die Militärverwaltung und führt Beschwerde über Bevorzugung der Produzenten vor den Händlern. Er weist besonders darauf hin, daß im Kriegsfalle der Produzent allein nicht alles leisten könne, und daß dann andererseits der Handel, wenn er bis dahin ausgeschaltet sei, auch nicht das leisten könne, was man von ihm erwarte.

Abg. **v. Brockhausen** (kons.) hebt den Vorteil des direkten Verkehrs mit den Produzenten hervor, da die landwirtschaftlichen Produzenten die großen Manöverlasten willig trügen, sei eine Kompensation zu ihren Gunsten am Platze. Die Landwirtschaft sei so organisiert, daß sie allen Anforderungen entspreche. Die Militärverwaltung müsse ihren Bedarf im Inlande decken. Ich weise auf die bezüglichen Bestrebungen der österreichischen Heeresverwaltung als vorbildlich hin. Die Preisfestsetzung müsse statt durch die Berliner Börse, durch eine besondere Kommission erfolgen. Auch das republikanische Frankreich begünstigt nicht den Handel, bezieht vielmehr seinen Bedarf direkt von Produzenten. In der vorgeschlagenen Kommission müssen Vertreter der Landwirtschaft und meinetwegen auch solche des Handels sitzen.

Generalmajor **Gallwitz** erklärt: Erfahrungsgemäß kauft die Heeresverwaltung am besten und billigsten beim Produzenten; sie erkennt ein Anrecht des Handels darauf, alle ihre Käufe zu vermitteln, nicht an. Das billigere Kaufen beim Produzenten kommt den Steuerzahlern zugute. Ferner kaufen wir beim Produzenten besser, weil wir keine Mehrmare erhalten. Der Verkehr mit den Produzenten gibt den Heeresbeamten auch eine gute Ausbildung für etwaige Kriegszeit. Wir prüfen aber die Ware sowohl beim Produzenten wie beim Händler. Der Handel ist an den Lieferungen für das Heer stark beteiligt; die Begünstigung der Produzenten ist nicht groß. Redner hebt weiterhin hervor, daß im Westen des Reiches, wo im Interesse der Landesverteidigung die meisten Truppen zusammengezogen seien, wenig Getreide gebaut wird. Mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften haben wir leider ungünstige Erfahrungen gemacht; ihr kapitalistischer Betrieb und ihr bürokratischer Beamtenapparat bringt eine Preissteigerung mit sich.

Abg. **Meist** (Soz.) verlangt, daß geistig Minderwertige nicht ins Heer eingestellt werden.

Generalleutnant **Sixt v. Arnim** bedauert, die Heeresverwaltung habe kein Interesse daran, geistig Minderwertige einzustellen; vielfach würden aber geistige Gebrechen bei der Musterung verheimlicht.

Abg. **Werner** (Deutschsoziale Reformpartei) befürwortet eine ingrossierte eingegangene Resolution Graf Stolberg-Wernigerode auf Revision des Gesetzes über die Naturalleistungen für das Heer in Friedenszeiten dahin, daß die Entschädigungssätze entsprechend dem tatsächlichen Werte der Naturalleistung erhöht werden. Redner empfiehlt ferner eine Aufbesserung der Bezüge der Unteroffiziere.

Abg. **Böttger** (Natl.) tadelt den von Offizierkasinos betriebenen Weinhandel und rügt Mißstände im Kantinenwesen.

Abg. **Dove** (Frs. Vgg.) sagt: Die Heeresverwaltung darf den Handel nicht zugunsten der Landwirtschaft ausschalten. Wenn die Kavallerie immer meinen, sie stellten vorzugsweise das Menschenmaterial für das Heer, so scheint es fast, als ob in den Städten überhaupt keine Kinder mehr geboren werden. (Heiterkeit.)

Abg. Graf **Mielzynski** führt aus: Wir Polen sind mit der Heeresverwaltung unter Minister v. Einem im ganzen zufrieden, bedauern aber die Beschimpfungen unserer polnischen Volksgenossen im Heere. Ich bedauere, daß an einer Jubiläumsfeier des Hakatistenvereins 40 Offiziere in Uniform teilgenommen haben. Was sollen die polnischen Soldaten denken, wenn sie sehen, daß ihre Vorgesetzten sich mit unseren ärgsten Feinden verbrüdern?

Abg. **Fehrenbach** (Zentr.) befürwortet die Resolution Erzberger, in den Nachweisungen über die Herkunft und Beschäftigung der Militärpflichtigen auch anzugeben, ob die Ausgehobenen zwei oder dreijährige Dienstzeit zu leisten haben. Die Resolution solle eine Feststellung herbeiführen, wie Stadt und Land zur Rekrutierung stehen. Redner befürwortet dann die Resolution Graf Stolberg.

Kriegsminister **v. Einem** erklärt: Auch ich würde mich freuen, wenn für die Manöverschäden volle Bezahlung erfolgte. Die Rede des Grafen Mielzynski war ein Spiegelbild der Zustände im Osten. Der Herr Abgeordnete meinte, die Polen betrachteten die Hakatisten mit den Gefühlen der Verachtung; dann werden die Gefühle auf der anderen Seite nicht anders sein. Ich selbst gehöre dem Ostmarkenvereine nicht an, wohl aber eine große Menge Ehrenmänner. Da ist es doch nicht angezeigt zu sagen, man hege nur das Gefühl der Verachtung gegen sie. Wenn der Ostmarkenverein eine Feier veranstaltet, warum soll da der kommandierende General mit den Offizieren nicht teilnehmen? Die polnischen Soldaten werden keineswegs schlechter behandelt als die anderen. Wir befinden uns in Posen im Kriegszustande mit der großpolnischen Agitation. Die Polen betreiben den Boykott mit aller Schärfe; warum sollen sich die Deutschen nicht dagegen wehren? (Lebhafter Beifall.) Graf Mielzynski hat in der polnischen Presse dazu aufgefordert, ihm über Chicanen seitens Deutscher Material mitzuteilen; die Namen der Einsender würden nicht genannt werden. Graf Mielzynski begründete damit sozusagen eine Firma ohne jede Haftpflicht (Heiterkeit). Er berief sich heute auf die polnische Ritterlichkeit, er würde daher in einem etwaigen neuen Ausschreiben besser sagen: Jeder, der mir Nachricht gibt, steht mit seinem Namen und seiner Ehre für die Richtigkeit seiner Angaben ein. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **v. Treuenfels** (kons.) bringt verschiedene Beschwerden vor, wie über Schädigungen des Wildbestandes durch Truppenübungen.

Generalmajor **v. Gallwitz** sagt Abhilfe nach Möglichkeit zu.

Auf eine Beschwerde des Abg. **Jaunez** (fraktionslos) über die Erschießung eines ruhigen Passanten durch einen unerfahrenen jungen Militärposten in Metz bemerkt der Kriegsminister: Wir müssen in Metz Posten mit geladenem Gewehr haben. Im vorliegenden Fall hat der Posten seine Spezialinstruktion überschritten. Das Gerichtsverfahren ist eingeleitet. Es handelt sich um einen Unfall, wie er in jedem Betriebe vorkommt.

Abg. **Eickhoff** (Fr. Vpt.) rügt die Bevorzugung der Gardeoffiziere bei Beförderungen und erörtert eingehend die Judenfrage im Heere. Er bedauert, daß der Kriegsminister 1904 im Reichstage auf antisemitische Angriffe gegen die jüdischen Veteranen nicht geantwortet habe und polemisiert dann gegen die Abgeordneten Bäcker und Liebermann von Sonnenberg.

Kriegsminister **v. Einem** erklärt: Wären einzelne jüdische Soldaten des gegenwärtigen Heeres im Reichstage angegriffen, so hätte ich die Sache aufgeklärt und die Angriffe eventuell zurückgewiesen, denn ich habe auch in meinem Regiment Juden gehabt, die gut gedient haben. Aber auf allgemeine ziffernsche Rückblicke kann ich nicht antworten, dazu fehlt mir das Material.

Abg. **Ledebour** (Soz.) unterzieht die Darlegungen Eickhoffs und kritisiert die gestrigen Ausführungen verschiedener Redner über Heereszustände. Er setzt in längeren, heftigen, von Lachen und Lärm oft unterbrochenen Darlegungen auseinander, weshalb die Sozialdemokraten gegen das stehende Heer seien.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. **v. Liebermann** und **Eickhoff** über den Fall des jüdischen Soldaten Moses Bier vertagt das Haus die Fortsetzung der Beratung auf morgen. Schluß 6¼ Uhr.

Aus den Kommissionen.

⊙ **Berlin,** 22. März.

Der Budgetkommission machte vor dem Eintritt in die Tagesordnung Staatssekretär Frhr. v. Stengel einige Mitteilungen über die 46½ Millionen, die im Militäretat vom Extraordinarium in das Ordinarium von der Budgetkommission übertragen worden seien. Diese Maßregel habe große Beunruhigung im Bundesrat hervorgerufen; die Bundesstaaten befürchteten eine bedeutende Erhöhung der Matrikularbeiträge. Er hoffe, der Reichstag werde diesen Beschluß der Kommission noch korrigieren. Die Kommission setzte dann die Beratung der Einnahmen fort. Der Antrag Arendt, die Einnahmen aus den Zöllen, Verbrauchssteuern und Aversen um 24 Millionen zu erhöhen, wurde angenommen; ebenso eine Resolution Speck, den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die bezüglich der zollfreien Verwendung von Benzin bestehenden Kontrollmaßregeln für die landwirtschaftlichen Betriebe tunlichst erleichtert werden. Frhr. v. Stengel erklärte, die Reichsschatzverwaltung stehe der Resolution wohlwollend gegenüber.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

⊙ **Berlin,** 22. März. (Tel.)

Das Haus erledigt zunächst ohne weitere Debatte eine Reihe von Anträgen, darunter einen Antrag des Abg. Arendt, betr. die Veranstaltung einer Schiller-Gedächtnisfeier in allen öffentlichen Schulen Preußens, nach dem die Schulbehörden die Kosten für die Feier, soweit die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, der Regierung zur Verfügung stellen sollen, und tritt sodann in die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Schadloshaltung des herzoglichen Hauses von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg. Im Laufe der Debatte, in der sich die Abgeordneten Brandenstein (kons.), Juergensen (natl.) und v. Bülow-Bossee (freikons.) für und Abgeordneter Cyhlina (freis. Vp.) gegen den Entwurf aussprechen, erklärt Minister Frhr. v. Rheinbaben: Es sei die vornehmste Pflicht des preußischen Staates, die Unbilligkeiten und Härten, die die Jahre 1864 und 1866 mit sich gebracht hätten, zu beseitigen. Preußen, das durch die beiden Kriege große, blühende Provinzen erworben hat, müsse wenigstens die durch die Ereignisse in den Vermögensverhältnissen geschädigten Fürsten schadlos halten. Dieselben Billigkeitsgründe, die im Jahre 1885 für Schadloshaltung der Augustenburger sprachen, gelten heute für Glücksburger. Damit schließt die Besprechung. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lesung des Freihaltungs- gesetzes und Anträge aus dem Hause.

Aus Bädern und Curorten.

§ **Bad Kreuznach.** Die hiesige Kurverwaltung hat auch für die 1906er Kurzeit dem deutschen Kolonialamt, sowie dem russischen und japanischen Kriegsministerium die Mitteilung zugehen lassen, daß sie den in Deutsch-Südwestafrika bezw. Ostasien verwundeten deutschen, russischen und japanischen Offizieren, die zu ihrer Wiederherstellung unser Bad besuchen, vollkommen freien Kurgebrauch gewähre.

Feuilleton.

Theater.

Neues Theater.

Lina Monnard als Gast.

Als Luise Miller in Schillers „Kabale und Liebe" stellte sich am Dienstag abend Fräulein Lina Monnard vom Stadttheater in Cöln vor. Die junge Dame verriet eine zweifellos starke Begabung. Sie spielte, abgesehen von einigen Versuchen deklamatorisch-pathetischer Art, in realistischem Sinne. Die Briefszene wurde dadurch ihr Höhepunkt, da sie hier lebenswahre Details geben konnte. Der heldenhafte Zug andererseits fehlte ihr. Von Natur ist sie nicht sehr ansehnlich, doch sprechen die Gesichtszüge ziemlich deutlich, das Organ ließ Klangfülle und Wohllaut vermissen. Im großen ganzen verriet die Leistung wenig schöpferische Persönlichkeit, sie hielt sich in dem Rahmen des Konventionellen. Ob unser städtisches Theaterensemble eine Bereicherung durch das Engagement der Dame erfahren kann, muß vorerst noch zweifelhaft bleiben. Fräulein Monnard wird im „Jagenstreich" am heutigen Abend Gelegenheit haben weitere Qualitäten zu zeigen. Die Aufführung von „Kabale und Liebe" war im allgemeinen gut. Leider war nur die Interpretation des Ferdinand ganz unzulänglich.

P. Zsch.

Wissenschaft.

** **Die Altersgrenze des Menschenwerts.** Professor Osler, der auf einen ärztlichen Lehrstuhl in Oxford berufen ist, hat bei seinem Abschied von der John-Hopkins-Universität einen Vortrag gehalten, dessen Inhalt die Zuhörer in lebhaftes Staunen versetzen mußte. Der Gelehrte sprach nämlich schlechthin seine Ueberzeugung aus, daß alle Männer über 40 Jahre den Höhepunkt ihrer Kraft überschritten hätten und daß für Männer über 60 Jahre ein friedlicher Selbstmord durch Chloroform zum mindesten der Erwägung wert sein dürfte. Osler gab selbst zu, daß es ziemlich nutzlos wäre, diese Meinung auszusprechen, und daß sie Vielen sogar anstößig erscheinen würde; die Weltgeschichte gäbe ihm aber recht. Nähme man die Summe der menschlichen Leistungen im öffentlichen Leben, in der Wissenschaft, Kunst und Literatur, und zöge man dann die Arbeit der Männer ab, die im Alter von mehr als vierzig Jahren entstanden wäre, so würde die Menschheit vielleicht große Schätze einbüßen, aber wohl doch auf demselben Standpunkt stehen, auf dem sie sich tatsächlich befände. Hinsichtlich der Männer über sechzig Jahre aber würde es ein unberechenbarer Vorteil im Handels-, Staats- und Berufsleben sein, wenn sie im allgemeinen von dieser Altersgrenze an zu arbeiten aufhörten, sich dann vielleicht noch auf ein Jahr in ein beschauliches Leben zurückzögen und schließlich ihrem Leben durch eine schmerzlose Art der Vergiftung ein Ende machten. Der Ruf, der infolge dieser Aeußerungen dem Professor nach dem neuen Schauplatz seiner Lehrtätigkeit vorangehen und den er an seinem bisherigen Aufenthaltsort hinterlassen wird, mag für ihn nicht allzu günstig lauten. Ob Osler selbst schon über vierzig Jahre alt ist, weiß unser Gewährsmann nicht bestimmt zu sagen; in diesem Fall hätte er sich einer gar zu großen Unvorsichtigkeit schuldig gemacht, oder eine derbe Selbstkritik geübt.

ie. **Amerikanische Spenden für die Wissenschaft.** Mit welch ungeheuren Summen die amerikanischen Hochschulen auf Grund privater Zuwendungen rechnen können, beweisen wieder einige Fälle der neuesten Zeit. Der Präsident der letzthin so häufig genannten Harvard-Universität hatte in seinem letzten Bericht erwähnt, daß die Sammlung einer Summe von 10 Millionen Mark zur Unterstützung der Hochschule erwünscht wäre. Schon jetzt besteht die Sicherheit dafür, daß diese Sammlung tatsächlich zustande kommt, und zwar binnen so kurzer Zeit, daß schon zu dem noch in diesem Jahr stattfindenden Jubiläum der Universität der Wunsch erfüllt sein dürfte. Der Jahrgang der Schüler von 1880 hat allein 400 000 ℳ dazu gezeichnet. Die Columbia-Universität in New York wollte einen praktischen Kursus im chemischen Ingenieurwesen einrichten und alsbald wurde ihr eine Stiftung von 40 000 ℳ zur Ausstattung des dazu nötigen Laboratoriums zu Teil. Dem Polytechnischen Institut in Troy war das Hauptgebäude im vorigen Jahre abgebrannt; Andrew Carnegie hat nun 600 000 ℳ zum Neubau geschenkt. Derartige Beispiele für die große Freigebigkeit der Amerikaner für die Wissenschaft können allmonatlich in großer Zahl genannt werden.

S. H. **Neue Erfolge der Spektralanalyse.** Es ist bekannt, daß man durch Prismen oder dünne Spalten das weiße Sonnenlicht in eine Reihe von farbigen Streifen auflösen kann, deren Reihenfolge jeder Regenbogen uns vor Augen führt. Verbrennt man irgend ein chemisches Präparat in einer Flamme, so erscheinen in dem vom Prisma entworfenen farbigen Bild, dem Spektrum der Flamme, ganz besonders scharfe Streifen und ist die Flamme an sich erleuchtet, so erscheinen überhaupt nur einzelne farbige Striche und zwar bei denselben Chemikalien immer wieder in derselben Farbe und an derselben Stelle, dergestalt, daß man aus dem Vorhandensein eines solchen Striches im Spektrum mit unbedingter Sicherheit auf das Vorhandensein des betr. Stoffes in der Flamme schließen kann. Diese Entdeckung hat es uns ermöglicht, bloß mit Hülfe des Fernrohres, festzustellen, welche chemischen Stoffe sich auf den verschiedenen Himmelskörpern befinden. Neuerdings hat man nun auf einer Sternwarte in Chicago, wie Prof. Franz in der „Chemischen Gesellschaft" zu Breslau mitteilte, sich damit beschäftigt, Photographien dieser einzelnen Elemente dadurch herzustellen, daß man in das durch einen Spalt erzeugte Spektrum des auf die Sonne eingestellten Fernrohres an einer bestimmten Stelle, z. B. bei der Calciumlinie einen zweiten Spalt anbrachte, und hinter diesen eine photographische Platte. Dann wurde das Fernrohr über die ganze Sonnenscheibe langsam verschoben unter gleichzeitiger entsprechender Bewegung der photographischen Platte. Auf diese Weise wurde eine Photographie der Sonnenoberfläche erhalten, aus der das Calcium gewissermaßen herausphotographiert war. Die erste neue interessante Feststellung, die das neue Verfahren zuließ, war die Erkenntnis, daß in den Sonnenfackeln nicht wie bisher angenommen, Wasserstoffgase leuchten, sondern Calciumgase, denn wenn man die photographische Platte hinter die Wasserstofflinie brachte, so waren die Stellen, wo sich bekanntermaßen die Sonnenfackeln zeigen, dunkel, während sie auf den Calciumphotographien ganz hell erschienen.

SLUB
Wir führen Wissen.